

# Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Die Leipziger Volkszeitung enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Leipzig, des Polizeipräsidenten der Stadt Leipzig und des Stadtrats zu Großlich

**Bezugspreis** mit illustrierter Beilage Volk und Zeit für einen Monat einschließlich Bringerlohn 2.— Mark, für Selbstabholer 1.90 Mark. — Durch die Post bezogen 2.— Mark ohne Bestellgeld. — Die Einzelnummer kostet 20 Pf. Telefon Sammelnummer 72206 — **Postfachkonto Leipzig Nr. 53477**

**Redaktion:** Leipzig, Tauchaer Str. 19/21  
Telegramm-Adresse: Volkszeitung Leipzig  
Telephon 72206. — **Verlag in Leipzig,**  
Tauchaer Straße 19/21 — Telephon 72206

**Inseratenpreise:** Die 10. Spalte, Kolonelle 35 Pf., bei Platzvorrat 40 Pf., Stellenangebote 10 Spalte, Kolonelle 25 Pf., Familienanzeigen von Privaten die 10. Spalte, Kolonelle mit 50% Nachlag. Reklamezeile 2 Wt. Inzerate v. ausw. die 10. Spalte, Kolonelle 40 Pf., bei Platzvorrat 50 Pf., Reklamezeile 2.25 Wt.

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Abonnementsbestellungen nehmen die Austräger, unsere Zweiggeschäfte und alle Volkshäuser entgegen

## Notmaßnahmen für Erwerbslose.

### Programm für produktive Erwerbslosenfürsorge.

Der Volkswirtschaftliche Ausschuss des Reichstages beschäftigt sich am Freitag mit einem längeren Bericht eines von ihm eingesetzten Untersuchungsausschusses, der Vorschläge und Maßnahmen zur besseren Organisation der produktiven Erwerbslosenfürsorge behandelt. Der Vorsitzende, Genosse Dismann, berichtete über die monatelangen Arbeiten der Kommission und legte gleichzeitig eine Entschliessung vor, die dem Plenum des Reichstages zur Annahme empfohlen werden soll. Der volkswirtschaftliche Ausschuss stimmte der Entschliessung einmütig zu. Sie besagt:

Der Reichstag wolle beschließen: Ausgehend von der Erwägung, daß

A. mit der im Herbst 1925 einsetzenden Wirtschaftskrise seit Anfang dieses Jahres etwa 2,5 Millionen völlig erwerbslos und mehrere Millionen kurzzeitig arbeitslos vorhanden sind;

B. diese Krise in unverminderter Schärfe anhält und keine begründete Aussicht vorliegt, daß die große Arbeitslosigkeit in absehbarer Zeit eine erhebliche Abschwächung erfährt;

C. das zweite Krisenjahr und damit der nächste Winter insbesondere für die von Arbeitslosigkeit betroffenen Millionen erhöhte Not im Gefolge hat, und damit die allgemeinen wirtschaftlichen Schwierigkeiten vergrößert, hält der Deutsche Reichstag für dringend geboten, daß in organischem Zusammenhang mit den Bedürfnissen der Wirtschaft die notwendigen Maßnahmen getroffen werden, um den Arbeitsmarkt zu heben, die Arbeitsmöglichkeit zu fördern und den Erwerbslosen Beschäftigung zu geben.

Aus sozialen und wirtschaftlichen Gründen ist es unmöglich, Millionen Arbeitnehmer einer jahrelangen Erwerbslosigkeit preiszugeben. Es muß Vorsorge getroffen werden, daß ein großer Teil Erwerbsloser zumindest in dem Maße mit Notstandsarbeiten beschäftigt wird, daß die längere Zeit Erwerbslosen innerhalb eines Jahres wenigstens abwechselnd ein Vierteljahr und länger Beschäftigung finden. Das würde bedeuten, daß beim gegenwärtigen Stand der Erwerbslosigkeit laufend mindestens etwa 500 000 Arbeitslose mit produktiven Notstandsarbeiten beschäftigt werden müßten.

An solchen Arbeiten fehlt es nicht. Auf einer Reihe von Gebieten können Arbeiten in Angriff genommen und durchgeführt werden, zu denen entweder bereits die detaillierten Pläne vorliegen oder letztere ohne erhebliche Schwierigkeiten und in kürzerer Zeit vorbereitet werden können. Bei diesen Arbeiten ist deren Zweckmäßigkeit, Wirtschaftlichkeit und Notwendigkeit voranzustellen. Dazu gehören u. a.

1. der Straßenbau und die notwendige Erneuerung eines größeren Teils der Straßenbedeckungen, die dem neuzeitlichen Verkehr nicht genügen;
2. die Kultivierung von Weidlandflächen, Moorgebieten u. a. unerschlossenen Böden, der in Deutschland über 3 Millionen Hektar zählt und zum größeren Teile urbar gemacht werden kann. Das würde der Gesamtwirtschaft zum Vorteil gereichen und auch neue Arbeitsmöglichkeiten in der Bewirtschaftung, Ansiedlung usw. bieten;
3. die Schiffbarmachung deutscher Flüsse und deren zweckdienliche Verbindung durch Kanäle, die der Förderung des Wassertransportweges und der deutschen Wirtschaft dienen;
4. Fluß- und Bachregulierungen zur Gewinnung von Kulturböden und anderem Gelände sowie zur Verhütung von Hochwasserschäden usw., um den stets wiederkehrenden Hochwasserschäden vorzubeugen;
5. Anlagen zur Gewinnung von Wasserkraften, die auch zum Teil mit den unter 3, 4 und 5 vermerkten Arbeiten zu verbinden sind und die Gesamtanlagen wirtschaftlicher gestalten können;
6. der Wohnungsbau, dessen großzügige Förderung — auch eventuell durch produktive Erwerbslosenfürsorge — dringend notwendig ist, um sowohl der Wohnungsnot als auch der damit verbundenen Beschäftigung zu begegnen;
7. Elektrifizierung der Eisenbahnen.

Sollen zur langfristigen Vorsorge für Arbeitsgelegenheiten die vorgenannten und ähnliche produktive Arbeiten und Anlagen vorbereitet und durchgeführt werden, so fehlt das ein enges Zusammenarbeiten von Reich und Ländern sowie deren Organe voraus. Zur Durchführung dieser Arbeiten sind erhebliche Summen notwendig. Die Reichsregierung wird dringend ersucht, mit den Länderregierungen sich umgehend ins Benehmen zu setzen, damit die angeregten Arbeiten nicht nur geprüft, sondern in kürzester Frist und in weitgehendem Umfang mit ihrer Durchführung begonnen werden kann. Müssen angesichts der großen und andauernden Arbeitslosigkeit höhere Summen für produktive Erwerbslosenfürsorge in den Etat von Reich und Ländern eingestellt werden — im laufenden Jahresetat eventuell als Nachtrag —, so wolle der Reichstag gleichzeitig darauf hin, daß bei der Mittelbeschaffung für produktive Anlagen, wie sie auch die vorgenannten Vorschläge enthalten, Anleihen mit anzunehmen sind. Dabei wäre auch die öffentlich-rechtliche Garantie für Mindestzinszahlungen zu prüfen, ferner, ob bei einer großen öffentlichen Anleihe zum Wohnungsbau auch Mittel der Hauszinssteuer zur Zins- und Tilgungsgarantie mit Verwendung finden könnten.

- Die Reichsregierung wird ferner ersucht,
- a) zu prüfen, ob die Schwierigkeiten beim Rußland-Kredit, der für mehrere Jahre zusätzliche Rußland-Austräge und damit der deutschen Wirtschaft größere Beschäftigungsmöglichkeit bringen sollte, nicht behoben werden können;
  - b) hinzuwirken bei den Reparationsleistungen auf die Gewinnung langfristiger Sachlieferungen im Rahmen des als möglich erachteten Transfers;
  - c) zu untersuchen, inwieweit der große Andrang von täglichem Geld, das zum Teil zu reinen Spekulationszwecken im In- und Ausland verwendet wird, der produktiven Wirtschaft Deutschlands zugeführt werden kann.

Die Reichsregierung wird ersucht, die Behandlung der in dieser Entschliessung enthaltenen Fragen tunlichst zu beschleunigen und dem Reichstage zu berichten.

Auch der größte Optimist und kapitalistische Schönfärber wird sich auf die Dauer der Erkenntnis nicht mehr verschließen können, daß die jetzige Wirtschaftskrise noch lange von nachhaltiger Wirkung auf den Arbeitsmarkt sein wird. Selbst bei Behebung des Abzuges und dadurch bedingter härterer Beschäftigung der Industrie wird die Erwerbslosigkeit verhältnismäßig nur gering zurückgehen, da durch Rationalisierung im Produktionsprozeß und Intensivierung der Arbeit die Leistungsfähigkeit in den einzelnen Industrien und Gewerbezweigen gegenüber der Vorkriegszeit gewaltig gestiegen ist. Es gibt Industrien, in denen die Vorkriegsleistungen nicht nur erreicht, sondern bei stark verminderten Beschäftigungsziffern bedeutend überschritten sind. Eine gute Wirtschaftskonjunktur wird deshalb die Massenarbeitslosigkeit in der nächsten Zeit wie früher noch nicht beseitigen, so daß auch unter dem günstigsten Beschäftigungsgrad der Wirtschaft die industrielle Reservearmee noch groß sein wird.

Die Gewerkschaften, von dieser Erkenntnis ausgehend, haben neben der Erhöhung der Löhne und Gehälter zur Steigerung des Inlandabzuges schon seit langem den Ausbau der produktiven Erwerbslosenfürsorge und die Inangriffnahme von Notstandsarbeiten gefordert. Was nach langem Drängen bisher vom Reich auf diesem Gebiete getan wurde, ist ein Tropfen auf einem heißen Stein.

Das obige Programm des volkswirtschaftlichen Ausschusses des Reichstages zur Beschäftigung Erwerbsloser sieht vor, was schon lange dringend nötig ist. Es will brachliegende Arbeitskräfte der Allgemeinheit dienstbar machen und den Erwerbslosen gleichzeitig Beschäftigung geben. Das erfordert die große Not von Millionen Erwerbsloser und liegt auch im Interesse der Wirtschaft, der Länder und Gemeinden. Die dazu aufzubringenden Mittel können nicht besser als in der produktiven Erwerbslosenfürsorge angelegt werden. Wenn man bedenkt, um nur ein Beispiel anzuführen, daß die letzte Hochwasserkatastrophe allein im Rheinland dem Reich und den Ländern rund 50 Millionen Mark für entstandene Wasserschäden gekostet hat, und solche Ausgaben, bei jedem Hochwasser wieder eintreten, dann können in Zukunft dem deutschen Volke ungeheure Summen erspart werden, wenn überall durch Notstandsarbeiten, bei denen viele tausende Erwerbslose Beschäftigung finden, die Hochwasserregulierung in Angriff genommen wird. So ist es auch bei den anderen im obigen Arbeitsprogramm vorgesehenen Notstandsarbeiten. Der Reichstag möge deshalb schnell handeln, daß dieses Arbeitsprogramm auch zur Verwirklichung kommt.

### Die Verhandlungen über das Abfindungs-gesetz.

Die für Freitagnachmittag geplanten Verhandlungen der Regierungsparteien mit der Sozialdemokratie haben nicht stattgefunden. Lediglich die Regierungsparteien unterhielten sich über die weitere parlamentarische Behandlung des **Wärtenabfindungsgesetzes** und kamen überein, die erste Lesung im Reichsausschuss am Sonnabend unter allen Umständen zu Ende zu führen. Eine zweite Lesung soll nach Möglichkeit verhindert werden, damit das Plenum sich schon am Dienstag mit dem Gesetz befassen kann. In der Zwischenzeit sind weitere Verhandlungen mit den Flügelparteien beabsichtigt.

Im Lager der Regierungsparteien spricht man davon, daß der Sozialdemokratie in Bezug auf die geforderte Rückwirkung des Gesetzes und den verlangten entschädigungslosen Wegfall aller Renten der Standesherren noch Zugeständnisse gemacht werden sollen. Dagegen zeigt man sich wegen der Forderung über die Zusammenlegung des Sondergerichtshofes ablehnend und begründet diese Haltung mit politischen Argumenten. Angeblich könnte sich bei einer Erfüllung des sozialdemokratischen Verlangens der Vorwurf gegen die deutsche Rechtspflege ergeben, daß sie nach parteipolitischen Gesichtspunkten und nicht nach rein juristischen Grundsätzen urteile. Daß dieser Vorwurf heute auf die deutsche Justiz im allgemeinen schon zutrifft und deutsche Richter vielfach nicht nach juristischen, sondern nach parteipolitischen Gesichtspunkten ihr Urteil fällen, scheinen die Regierungsparteien übersehen zu haben.

### Das Ende des englischen Liberalismus.

G. B. Eine große geschichtliche Bewegung, die auf mehr als zwei Jahrhunderte ruhmreicher politischer Vergangenheit zurückblicken kann, geht vor unseren Augen zu Ende: Der englische Generalstreik hat als Nebenprodukt den endgültigen Verfall der liberalen Partei herbeigeführt. Bei der ungeheuren Rolle, die England in der heutigen europäischen und in der Welt-politik spielt, kann man dieses Ereignis, das vorerst die innere politische Situation in radikaler Weise verändert, aber auch für die auswärtige Politik Großbritanniens und des britischen Weltreiches zweifellos von großer Bedeutung sein wird, nicht unkommentiert vorübergehen lassen.

Lloyd George, der kleine Wallise, der die angelsächsische Fähigkeit mit der Geschmeidigkeit seiner keltischen Rasse verbindet, ist der wandelbarste unter den sehr wandelbaren englischen Politikern (siehe z. B. Churchill, der allen Traditionen seiner Familie zum Trotz so rasch vom Liberalismus zum Torismus hinübergewechselt hat). Lloyd George hat kurz vor dem Kriege die große soziale Forderung des Tages einerseits und die große Rückständigkeit der englischen sozialen Gesetzgebung andererseits reslos erkannt. Die englische Sozialversicherung und vor allem die Arbeitslosenversicherung ist unzer trennlich mit dem Namen Lloyd George verbunden. Im Kriege machte Lloyd George die ähnliche Entwicklung durch wie die meisten bürgerlichen Radikalen: Er wird zum begeisterten Kriegsanhänger. Lloyd George hat es verstanden, den Krieg volkstümlich zu machen, die öffentliche Meinung, diese entscheidende Instanz in Englands politischem Leben, zu mobilisieren und auf diese Weise „den Sieg zu organisieren“.

Nach dem Kriege schwimmt er eine Zeit lang weiter im imperialistischen Fahrwasser, er ist zusammen mit Clemenceau und Wilson, der Mitschöpfer des Versailler Friedens und der Urheber der großen Versailles-Konferenz. Die Deutschen werden alles bezahlen. Zugleich verkauft Lloyd George, Englands innere Politik auf eine ganz neue, ja man kann sagen, unerhörte Basis zu stellen — er improvisiert die konservative liberale Koalition. Gegen die aufsteigende Arbeiterpartei? Kaum, oder doch wenigstens nicht allein gegen sie. Lloyd George hat den Gedanken der bürgerlichen Konzentration gegen den sozialistischen Umsturz, mit dem er eine Zeit lang gespielt hat, und der ihm eine willkommene Waffe in seiner Propaganda des konservativ-liberalen Zusammenschlusses war, nie ernst genommen. Für Lloyd George war hier vielmehr eine ganz andere Idee ausschlaggebend: er kann sich Englands politisches Leben ohne das Zweiparteien-System überhaupt nicht denken. Daher sein trampfhaftes Streben nach der Zusammenfassung der beiden alten Parteien, sobald die Labour-Party als ernstlicher politischer Konkurrent auf der Bühne erscheint. Lloyd George hat zuerst in der Arbeiterpartei, die die großen Massen der Industriebevölkerung organisiert, einen Faktor von eminenter politischer Bedeutung erkannt. Er war zu klug, zu weitschauend, um an die Zertrümmerung dieser Partei, an die Erklärung der englischen Arbeiterbewegung zu glauben, wie es die unentwegten Konservativen (die Diehards) getan haben. Er hat aber bei seinem großen Feldzug gegen die Arbeiterpartei das Gespenst des roten Umsturzes geahndet und es die beiden alten Parteien möglichst lange zusammenzuhalten. Das Endziel dieser politischen Vernunftschere war die Rettung des Liberalismus aus der gefährlichen Umklammerung von rechts und links. Lloyd George war der einzige liberale Politiker, der die gefährliche Lage des Liberalismus zwischen den beiden Flügelparteien vollkommen ein sah. Die Rettung des Liberalismus sollte aber nach dem Plane von Lloyd George darin bestehen, daß er im Konservatismus aufsteht und den letzteren von innen heraus verjüngen.

Die konservativ-liberale Koalition bedeutete selbstverständlich eine gewisse Abstumpfung der politischen Ideologie der beiden alten Gegner. Sie führte deshalb unvermeidlich zur Aufspaltung von links und rechts. Die unentwegten Liberalen unter Asquith ebenso wie die konservativen Diehards machten nicht mit. Es erwies sich aber auf die Dauer, daß die Kohäsion unter den konservativen Splitterparteien stärker war, als die auseinanderstrebenden Kräfte. Die politische Tradition liegt bei den Konservativen: Im Herbst 1921 vereinigte sich die konservative Partei wieder unter Bonar Law. Damit sind aber auch die Tage der Koalition gezählt. Für Lloyd George bleibt nun nichts anderes übrig, als den Zusammenschluß auch der liberalen Partei zu betreiben. Aber er tut es ungern. Er versteht sehr gut, daß die Zeiten des entscheidenden Einflusses des Liberalismus längst vorbei sind. Seine Rolle neben der aufsteigenden Arbeiterpartei wird immer zweideutiger. Es kommen nun die Wahlen von 1923 und das Intermezzo der Arbeiterregierung, die von den Liberalen gestützt wird. Die Liberalen müssen dabei aber auf eine selbständige Politik verzichten und verlieren so allmählich ihr eigenes Gesicht. Die Folge davon ist, die Katastrophe der Liberalen bei den Wahlen von 1924. Von 158 Sitzen geht die Partei auf 40 Sitze im Unterhause herunter. Nun ist aber der innere Zwiespalt in dieser stark zusammengekauften Gruppe nicht mehr zu verkneipen. Der organisatorische Zusammenschluß ist nicht vollständig gewesen. Lloyd George hat einen besonderen Wahlfonds zu seiner Be-